

I. Titel für die Jahrgangsstufe 13



Bestellnummer:	40735 (Print)/40736 (PDF)
Autoren/Hrsg.:	Kersten Lahl, Johannes Varwick,
Erscheinungsjahr:	2018
Seitenzahl:	224
ISBN:	978-3-7344-0735-2 (Print), 978-3-7344-0736-9 (PDF)
Reihe:	Politisches Sachbuch

Sicherheitspolitik beherrscht die Schlagzeilen, aber wenige verstehen die komplexen Zusammenhänge. Das Buch leistet eine problemorientierte Hilfestellung für Leser, die sich in diesem Kontext und in der gesamten Bandbreite relevanter Fragen zurechtfinden möchten. Zunächst werden die Anforderungen an eine vernetzte, präventiv angelegte Sicherheitspolitik beschrieben und die wesentlichen Risiken analysiert. Darauf aufbauend folgt die Betrachtung ausgewählter sicherheitspolitischer Handlungsfelder, Instrumente und Akteure mit ihren Stärken und Schwächen. In einem Fazit wird der aktuelle Handlungsbedarf für Deutschland ausgelotet.

Sicherheitspolitik hat Konjunktur. Angesichts von zahlreichen Nachrufen auf den Untergang der westlichen Nachkriegsordnung, dem vielen Beobachtern nach sehr eruptiven Politikstil Donald Trumps, zahlreicher Krisen und ungelöster Konflikte in der „neuen Unübersichtlichkeit“ der internationalen Politik ist es hilfreich, komplexe Zusammenhänge in dem Band „Sicherheitspolitik kontrovers“ verdeutlicht zu bekommen, dessen zwei Autoren als ausgewiesene Experten auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik gelten.

Der an der Universität Halle-Wittenberg lehrende Politikwissenschaftler Varwick dürfte vielen Lesern schon durch seine Publikationen zur NATO und zur UN bekannt sein. Er ist – ebenso wie sein Mitautor Kersten Lahl – Vizepräsident der „Gesellschaft für Sicherheitspolitik“. In ihrem Band streben sie einen Spagat zwischen Wissenschaft und Praxis unter Berücksichtigung unterschiedlicher Blickwinkel (militärisch-politische Perspektive > Kersten Lahl / wissenschaftliche und politikberatende Perspektive > Johannes Varwick) an, verfassten in ihrer Perspektive des aufgeklärten Diskurses die Gesamtheit politischer Ziele, Strategien und Instrumente der Sicherheitspolitik berücksichtigend. In Anlehnung an Clausewitz sprechen die Autoren von einer „Entscheidung ins Ungewisse“. Kurzum (S. 16): „Sicherheitspolitik folgt keinen naturgesetzlichen Regeln und keiner alternativen Logik. In der Praxis ähnelt sie einem verzweifelten Stochern im Nebel, allzu oft auch nach dem konzeptfreien Prinzip von ‚Versuch und Irrtum‘.“

Im ersten Kapitel geht es insbesondere um den Sicherheitsbegriff und die heute von den Autoren sogenannte „strategisch richtige Balance“ zwischen diplomatischen und militärischen Mitteln.

Dabei gilt es unterschiedliche Dimensionen (Referenzdimension / Sachdimension / Raumdimension / Gefahrendimension) des seit 1989/1990 gewandelten Sicherheitsbegriffs zu beachten. Dieser Paradigmenwechsel sei u. a. gekennzeichnet durch „die Erkenntnis ökonomischer und ökologischer Globalisierungsfolgen, die Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit, die Relativierung der bis dato beherrschenden Rolle militärischer Macht, die Aufwertung individuell-menschlicher und humanitärer Aspekte“ (S. 21). Dabei warnen die Autoren auch vor einem weiten Sicherheitsbegriff (Gefahr unter Sicherheit alles zu verstehen).

Mit Ausnahme des Schlusskapitels sollen die Leser in 30 Kapiteln mit jeweils drei Schlussfragestellungen am Ende der Kapitel zum Weiterdenken angeregt werden.

Im Bereich der Verteidigungsausgaben verweisen die Autoren einerseits auf notwendige Erhöhungen des Etats, die aber unter dem Kriterium eines Gleichgewichts im Mitteleinsatz nicht zulasten z. B. der ebenfalls sicherheitsrelevanten Entwicklungshilfe gehen dürfen. Besonders kritisch fällt das diesbezügliche Urteil über den Afghanistaneinsatz aus: Militärisches Engagement und die damit verbundenen Erwartungen befinden sich (S. 29) „in keinerlei Verhältnis zu dem bisher erreichten Ergebnis.“ Abseits der fehlenden

Gesamtbilanz sollten neue Wege gesucht werden. Hier ist es jedoch etwas unbefriedigend, dass keine näheren Ausführungen zu den erforderlichen Reformen angesprochen werden. Klartext wird aber hinsichtlich der Schere zwischen Auftrag und Mitteln der Bundeswehr gesprochen.

Von besonderem Nutzen für die politische Bildung in der Sekundarstufe II sind die pointierten Ausführungen zu den Stärken und Schwächen der unterschiedlichen Theorieschulen im Hinblick auf die Sicherheitspolitik (liberale Schule, realistische Schule, Institutionalismus, Konstruktivismus).

In Kapitel 2 wird der veränderte sicherheitspolitische Kontext verdeutlicht. Laut Lahl/Varwick gibt es „den“ Krieg in der globalen Machtverteilung in einer Welt ungewisser „Polaritäten“ (S. 50) nicht mehr.

Hier konstatieren die Autoren (S. 51) „ein eklatantes Versagen des Westens und seiner Führungsmacht USA (von Europa nicht zu reden) im Entwickeln einer globalen Ordnungspolitik zur Bewältigung immer drängender gemeinsamer Problemfälle (...).“ Aber auch die Relevanz der UN in sicherheitspolitischen Kernfragen sei „unklar“. Da entstehende Machthohlräume beispielsweise von Russland und China gefüllt werden, erweist sich der Übergang zu einer multipolaren Weltordnung als konfliktträchtig.

Der zunehmenden Unschärfe zwischen innerer und äußerer Sicherheit ist ein eigenes Kapitel gewidmet, das sich u. a. mit den Phänomenen des Terrorismus, der hybriden Kriegsführung und des Cyberterrorismus beschäftigt. Im letzten Unterkapitel des zweiten Teils zum Verhältnis von öffentlicher Meinung und Sicherheitspolitik stellen die Autoren klar, dass eine unruhige Welt keine Beschränkung auf eine deutsche Zuschauerrolle zulässt. Nach Lahl/Varwick sind die sicherheitspolitischen Kulturen der „Zurückhaltung“ und der „Verantwortung“ „wohl nicht immer richtig austariert worden.“ Regierungen können zwar partiell gegen die öffentliche Meinung handeln, sind aber langfristig auch darauf angewiesen, weitgehend der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung zu entsprechen.

Im dritten Kapitel werden unterschiedliche „Treiber der Unsicherheit“ erläutert. In Form eines Crashkurses erfährt der Leser Wissenswertes über fragile Staatlichkeit, Auseinandersetzungen um Ressourcen, grenzüberschreitenden Terrorismus, Flucht- und Migrationsbewegungen, Bevölkerungswachstum, Armut und Klimawandel, Pandemien und Biosicherheit, Cyberraum und Cybersicherheit, Dilemmata von Rüstung und Abrüstung sowie Reiz und Gefahren der Nukleartechnologie. Die zumeist ausgewogene Darstellung dürfte

aber partielle Kritik erfahren, wenn es beispielsweise auf S. 77 heißt: „Mitunter läuft es auf die resignative Erkenntnis heraus, Diktaturen als das ‚kleinere Übel‘ zähneknirschend akzeptieren zu müssen.“

Wie den Treibern der Unsicherheit zu begegnen ist, thematisiert Kapitel 4 „Strategische Handlungsfelder“. Da die Autoren in der Prävention die wirksamste Form des Krisenmanagements sehen, präferieren sie diplomatische Mittel und Sanktionen vor militärischen Varianten. Defizite und Grenzen solcher Ansätze werden am Beispiel gescheiterter humanitärer Interventionen in Libyen und im Kosovo sowie im Bereich des Stabilisierungsansatzes in Afghanistan konkretisiert und im Hinblick auf ableitbare Lehren (S. 140f.) befragt. Angesichts der vielen negativen Erfahrungen sind Prävention und Resilienz gefordert. Unter Letzterem verstehen die Autoren die staatliche und gesellschaftliche Regenerationsfähigkeit z. B. gegen Krisen, Konflikte und Katastrophen. Allerdings konstatieren sie auch, dass hinsichtlich grundlegender Regionalkonflikte „keine tragfähigen präventiven Lösungsansätze“ vorliegen.

Für die politische Bildung besonders relevant ist das fünfte Kapitel zu ausgewählten Akteuren der Sicherheitspolitik.

Zweifel sind angebracht, ob die UN die ordnungspolitische Lücke in einer globalisierten Welt schließen können. Hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen legen sich die Autoren nicht fest (S. 166); ihre Skepsis gegenüber Legitimation, Durchsetzung und Mittelknappheit der UN wird allerdings nicht verschwiegen. Ähnliches wird bei der Betrachtung der EU deutlich. Die sehr unterschiedlichen strategischen Kulturen der Mitgliedsstaaten verhindern mehr gemeinsame Politik. Dennoch wurden bisher schon über 30 gemeinsame Einsätze im Krisenmanagement geleistet. Innerhalb der NATO ist der Rollenfindungsprozess noch nicht abgeschlossen (siehe etwa die zunehmende Betonung der Rückversicherungspolitik nach der russischen Intervention der Krim), aber die NATO bildet ein stabilisierendes Element in der internationalen Lage. So ist der Leser auch nicht überrascht, wenn sich Lahl/Varwick eindeutig hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der NATO äußern. „Die Erfahrungen aus sieben Jahrzehnten Nordatlantischer Verteidigungsorganisation sprechen dafür, dass die Allianz eine gute Chance hat, auch weiterhin relevant zu bleiben, und ihr das Schicksal einer Reihe von Bündnissen und politischen Organisationen erspart bleibt: der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit.“ Ähnlich wie bei Patrick Keller (Der Niedergang findet nicht statt. Die USA in der multipolaren Weltordnung, in: Politikum 4/2016, S. 14-22) werden Zweifel an der Existenz einer multipolaren Weltordnung deutlich. Hierbei wird die aktuelle Politik der Trump-

Administration als Abkehr von der westlich liberalen Ordnung betrachtet und als „schleichende Anpassung an veränderte weltpolitische Koordinaten“ bewertet (S. 77f.). Amerikanische Ordnungsvorstellungen „zwischen Nabelschau und weltpolitischer Verantwortung“ werden stärker herausgefordert, als noch am Ende des Ost-West-Konfliktes prognostiziert wurde. Aus westlicher Sicht komme es darauf an, einen völligen Rückzug der USA zu verhindern.

Der ehemalige Konkurrent Russland ist mittlerweile wieder zu einem ernst zu nehmenden Kontrahenten in der Weltpolitik geworden. Einerseits wird der Vielvölkerstaat als ein Rentierstaat dargestellt, der insbesondere auf die Ressourcen Öl und Gas setzt, die erforderliche wirtschaftliche Modernisierung allerdings vernachlässigt. Spätestens seit 2007 habe es einen außenpolitischen Paradigmenwechsel gegeben. Mittlerweile findet eine immer stärkere Abgrenzung vom Westen statt, sodass gefragt werden muss, ob der Westen 1990 von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist.

Zuletzt wird die ein klassisches Souveränitätsverständnis vertretende Großmacht China als Akteur gewürdigt, der sich als Groß- und Ordnungsmacht wahrnimmt und mittels der neuen Seidenstraßeninitiative den alten Status als „Reich der Mitte“ wiederbeleben möchte. Hinsichtlich der Auswirkungen des Aufstiegs Chinas auf die internationale Politik legen die Autoren sich nicht genau (S. 188) fest. „Zu erwarten ist aber eine Art Mehrrollenstrategie Chinas mit wechselweise diplomatischen, ökonomischen und militärischen Mitteln, die teilweise mit seiner internationalen Umwelt und der bestehenden internationalen Ordnung im Einklang steht, teilweise aber auch revisionistische und expansive Bezüge annimmt.“

Abschließend gilt es laut Lahl/ Varwick den sicherheitspolitischen Handlungsbedarf für Deutschland (Kapitel 6) auszuloten. Territoriale Integrität und nationale Selbstbestimmung sind primäre Ziele diplomatisch ausgerichteter Politik, die in begründeten Einzelfällen aber auch militärisch zu sichern sind. Gefordert wird eine intensive politische und gesellschaftliche Diskussion über Bedingungen, Reichweite und Grenzen deutscher Sicherheitspolitik. Neben der besseren Abstimmung der Ressorts und einer Reform des Entscheidungsprozesses plädieren sie zugunsten der Erstellung einer nationalen Sicherheitsstrategie. Das Autorenteam sieht die Verantwortung Deutschlands für die internationale Sicherheit primär in Europa im multilateralen Verbund (UN, NATO, EU) verankert. Da Sicherheitspolitik aber immer ins Ungewisse ziele, sollen Rahmenbedingungen und Entscheidungsprozesse (Dialogkultur, vernetzte Kompetenz, Strategiefähigkeit) verbessert werden.

Schade ist allerdings, dass die Autoren hier keine Bezüge zu den Programmen der politischen Parteien in Deutschland herstellen.

- Erneut ist es Varwick gelungen, ein sicherheitspolitisches Grundlagenwerk (mit) zu verfassen, das sicherlich seinen Platz in der Lehrerbibliothek finden wird.

Besonders gelungen sind die didaktische Herangehensweise (Intentionen, Kernthesen, abschließende Fragen nach jedem Unterkapitel), der systematische Aufbau und die erkennbare Komplexitätsreduktion. Zur Benutzerfreundlichkeit tragen die häufigen Zusammenfassungen am Schluss des jeweiligen Kapitels bei, die bei einer Neuauflage des Bandes evtl. kursiv hervorgehoben werden sollten.

Gut für eine mögliche Weiterarbeit eignet sich auch das kommentierte Literaturverzeichnis, das zugleich eine Einführung in relevante sicherheitspolitische Zeitschriften beinhaltet.

Vielleicht hätte sich mancher Leser an einigen Stellen mehr Mut zu einer zeitdiagnostischen Einordnung gewünscht. Andere mögen eine stärkere Berücksichtigung zentraler Positionen der kritischen Friedensforschung anmahnen. Hätte der Rezensent einen Wunsch frei, so sollten Autoren und Verlag überlegen, ob sich der Gebrauchswert der sehr überzeugenden sicherheitspolitischen Publikation noch durch stimmige Visualisierungen steigern ließe. Johannes Varwicks NATO-Band zeigt jedenfalls, dass dies gelingen kann!



Bestellnummer: 40583 (Print) / 40585 (EPUB) / 40584 (PDF)
Autoren/Hrsg.: Jörn Böhme, Christian Sterzing

Erscheinungsjahr:	2018
Auflage:	8. überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage
Seitenzahl:	192
ISBN:	ISBN 978-3-7344-0583-9 (Print) / ISBN 978-3-7344-0585-3 (EPUB) / ISBN 978-3-7344-0584-6 (PDF)
Reihe:	Politisches Sachbuch

[In den Warenkorb](#)

Wird der israelisch-palästinensische Konflikt zu einer unendlichen Geschichte? Sind die Ansprüche von Israelis und Palästinensern unvereinbar? Ist die seit Jahren international geforderte Zwei-Staaten-Regelung noch machbar? Alle Verhandlungen der letzten Jahre blieben bislang erfolglos. Die Spaltung Palästinas, ein politischer Rechtsruck in Israel und der völkerrechtswidrige Siedlungsausbau sowie Krisen und Kriege in arabischen Staaten rücken für viele einen Frieden in immer weitere Ferne. Welche Chancen hat 50 Jahre nach dem Beginn der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete eine friedliche Konfliktregelung? Die Kenntnis der kollektiven Narrative sowie der Hoffnungen und Ängste von Palästinensern und Israelis ist Voraussetzung für eine realistische Beurteilung und für erfolgreiche Bemühungen um eine Konfliktregelung.

Dieses Buch bietet einen kurzen, leicht lesbaren und trotzdem multiperspektivischen Überblick über die komplexe Geschichte des Konflikts und die mühsamen Versuche, eine faire und dauerhafte Regelung zu erreichen. Die Kernpunkte kontroverser Debatten werden knapp geschildert. Karten, eine Chronologie und Literatur- und Medienempfehlungen runden die Darstellung ab, die als erste Orientierung in diesem lang andauernden Konflikt geeignet ist.

Inzwischen liegt in der nunmehr 8., überarbeiteten, erweiterten und aktualisierten Auflage Jörg Böhmes und Christian Sterzings „Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts“ vor, die mittlerweile als Klassiker unter den Einführungen in den komplexen Nahostkonflikt gelten darf.

Die Leser des kleinen Bandes (S. 7) sollen „eine erste Schneise in die Fülle der Daten und Meinungen schlagen, angeregt werden, tiefer zu bohren und sich anderen Auffassungen auszusetzen.“ Mit der Berücksichtigung der unterschiedlichen Narrative von Israelis und Palästinensern haben die Autoren einen multiperspektivischen Ansatz gewählt, da sie davon überzeugt (S. 8) sind, „dass eine ‚objektive‘ Darstellung angesichts der Aktualität des Konflikts kaum möglich ist.“ So ist es nur konsequent, dass Böhme / Sterzing ihre eigene Haltung zum Nahostkonflikt in der Einleitung wie folgt (S. 8f.) kennzeichnen:

- „Wir nehmen zur Kenntnis, dass zwei Völker Anspruch auf dasselbe Land erheben. Im Konflikt um Israel/Palästina steht nicht Recht gegen Unrecht, sondern Anspruch gegen Anspruch.“
- Da die Exklusivität der jeweiligen Ansprüche zur Negation konkurrierender Ansprüche führt, ist im Bewusstsein der Bevölkerungen eine gerechte Teilung des Landes im Grunde unmöglich. Der Verzicht auf Exklusivität jeglicher Ansprüche ist somit der Kern aller Friedensbemühungen.“

Für die 8. Auflage haben sie (S. 10) „die Entwicklungen der letzten Jahre nachgezeichnet, wichtige Diskurse zum Verständnis aktueller, politischer Kontroversen skizziert, die Chronologie ergänzt und die Literatur- und Medienempfehlungen aktualisiert.“

Ausgehend von der Genese des Zionismus wird der Nahostkonflikt in 40 knappen Kurzkapiteln chronologisch auf 2-4 Seiten dargestellt. Von der Entstehung der jüdischen und palästinensischen Nationalbewegungen über die britische Mandatszeit zur Gründung Israels bis zur Nakba, dem Flüchtlingsproblem und den einzelnen Nahostkriegen werden zentrale Stationen des Konflikts knapp skizziert.

Der größere Teil des Bandes widmet sich aber den neueren Entwicklungen, insbesondere den Versuchen einer Etablierung des Friedensprozesses seit Anfang der 90er Jahre, wobei zentrale Veränderungen im regionalen Umfeld berücksichtigt werden. Hierbei reduzieren die Autoren die Komplexität der Entwicklungen auf wenige Schlüsselereignisse und verweisen auf die kommentierte Auswahlbibliografie am Ende des Bandes, die eine intensivere Weiterarbeit ermöglichen soll.

Sehr pointiert werden auf fast 60 Seiten Stationen der Konfliktregulierungsansätze (Internationale Friedenskonferenz in Madrid, Oslo I und II, Camp David, Roadmap, weitere Friedensinitiativen), aber auch zentrale Rückschläge (Ermordung Rabins, Al-Aksa-Intifada, Bau der Mauer, Kriege im Gazastreifen und im Libanon etc.) erläutert. Verdienstvoll ist, dass die innenpolitischen Dimensionen der Auseinandersetzungen systematisch berücksichtigt werden, sodass der Leser sich ein eigenes Bild über die Friedenswilligkeit und Friedensfähigkeit der Akteure machen kann.

Aus der Sicht des Rezensenten hätte allerdings die Olmert-Initiative etwas eingehender gewürdigt werden können. Generell gilt es jedoch die diesbezüglichen quellenkritischen Hinweise der Autoren zu beachten.

Eingehend wird der Rechtsruck in Israel (2008-2017) nicht nur im Hinblick auf seine friedenspolitischen Auswirkungen, sondern auch bezüglich der Einschränkung zentraler Grundrechte in Israel gewürdigt (Boykott-Gesetz, Nakba-Gesetz, NGO-Gesetz, neues Einreisegesetz etc.).

Der Ansatz der Internationalisierung der palästinensischen Frage im UN-Kontext als Reaktion auf die fehlende Friedensdividende aus 20 Jahren Oslo-Prozess wird skeptisch kommentiert (S. 118), denn „die breite internationale Anerkennung als Staat hat aber Palästina in den letzten Jahren der Unabhängigkeit nicht näher gebracht.“

Wie unterschiedlich die arabischen Aufstände (2011-2017) im Zusammenhang mit dem klassischen Nahostkonflikt kurz- oder langfristig beurteilt werden, verdeutlichen Böhme /Sterzing anhand relevanter Argumentationsmuster. Generell steht für sie aber fest, dass die geopolitischen Umwälzungen in der Region den Fokus der Konfliktwahrnehmung und die Intensität der Konfliktbearbeitung (S. 121) verändert haben:

„Die andauernden Bürgerkriege und Kämpfe, wie auch die dadurch verursachten Fluchtbewegungen haben den Fokus der internationalen Politik vom israelisch-palästinensischen Konflikt auf die innerarabischen Konflikte und die daraus resultierenden welt- und regionalpolitischen Risiken umgelenkt. Die Bemühungen um eine Befriedung konzentrieren sich auf Syrien und den Irak, auf Libyen und den Jemen und seit dem Sommer 2017 auf die Auseinandersetzung um Katar. Angesichts der herrschenden Instabilität in der arabischen Welt und des ungewissen Ausgangs der Auseinandersetzungen erscheint vielen eine friedliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts – zumindest derzeit – nicht realisierbar.“

Eingehend widmen sich die Autoren auch dem innerpalästinensischen Versöhnungsprozess (2011-2017) und verdeutlichen hierbei gleichzeitig die unterschiedlichen Lebensbedingungen in Gaza und im Westjordanland. Legitimationsdefizite, interne Machtkämpfe und die daraus resultierende schwache Verhandlungsposition gegenüber Israel werden ebenso erwähnt. Nüchtern konstatieren Böhme/Sterzing die Lage (S. 124f.):

„Der politisch-strategische Spagat zwischen Widerstandsbewegung gegen die Besatzung einerseits und ‚staats‘-tragender Partei für die Entwicklung vorstaatlicher demokratischer Strukturen in den Autonomiegebieten andererseits ist bis heute nicht geglückt. (...) Neuwahlen sind nicht in Sicht. Korruption und Misswirtschaft haben die gesamte PLO und die palästinensischen Institutionen in eine tiefe Legitimitätskrise getrieben. Um die Nachfolge von Präsident Abbas, dessen Rückhalt auch in der arabischen Welt schwindet, wird erbittert gekämpft.“

Obgleich der personelle Erneuerungsprozess innerhalb der Hamas zu einer moderateren Ausrichtung der Organisation geführt habe, befinde sich die Hamas Führung – auch durch den Machtkampf mit Abbas, der die Finanzaufwendungen für den Haushalt von Gaza strich - in einer verzweifelten Lage (S. 126f.):

„In dieser ausweglosen Situation regionaler Isolation und finanziellem Bankrotts erklärte sich die Hamas-Führung in einem erneuten Versöhnungsabkommen unter Vermittlung und vermutlich auch Druck Ägyptens im Oktober 2017 bereit, die zivile Regierungsverantwortung im Gazastreifen an die Palästinensische Autonomieverwaltung in Ramallah zu übergeben.“

Ähnlich nüchtern fällt die Bilanz des Friedensprozesses (2007-2017) aus. Eine zentrale These lautet, dass sich die USA 2010 nach anfänglich starkem Engagement vom Ansatz einer Konfliktregulierung zugunsten eines Krisenmanagements verabschiedet hätten. Böhme/Sterzing (S. 129) urteilen: „So kleinlaut hatte noch keiner von Obamas Vorgängern vor den israelischen Forderungen kapituliert, so deutlich hatte noch kaum jemand die palästinensischen Verhandlungspartner im Stich gelassen.“ Insbesondere seit 2013/14 rückten drei recht neue Themen in den Fokus der Diskussionen: die Anerkennung Israels als jüdischer Staat, eine sicherheitspolitische Regelung für das Jordantal und zusätzliche Sicherheitsgarantien. Alle bisherigen Verhandlungen – inklusive des Wiederbelebungsversuchs durch die französische Regierung im Jahr 2017 - scheiterten aber. Von der Trump-Administration erwarten die Autoren keine positiven Initiativen zur Regulierung des Konflikts (S. 138): „So sind bislang nicht einmal die Konturen einer neuen

Nahostpolitik, geschweige denn Ansätze für eine Reanimation von Friedensbemühungen oder gar für den angekündigten ‚Deal‘ zur Konfliktlösung erkennbar.“

Ihnen ist die Differenzierung zwischen Kritik an israelischer Politik und Kritik an Israel wichtig. Wichtige Hinweise auf antisemitische Motive in der Kritik an Israel (S. 148f.) sind für sie „das Negieren des Existenzrechts Israels, die Verwendung antisemitischer Stereotype sowie Vergleiche der Besatzungspolitik mit der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik.“

Abschließend findet eine Auseinandersetzung mit der zunehmenden Kritik an der Zwei-Staaten-Regelung statt. Hier positionieren sich Böhme/Sterzing ganz klar zugunsten des lange Zeit dominierenden Ansatzes von zwei Staaten für zwei Völker (S. 151): „Nach wie vor stellt die Zwei-Staaten-Regelung die einzige Struktur dar, die dem Staat Israel die Fortexistenz als mehrheitlich jüdischer und demokratischer Staat ermöglicht, ohne dass damit den Palästinensern das Recht auf nationale Selbstbestimmung verweigert wird.“ Ihr Fazit (S. 155) lautet deshalb:

„Die Schaffung eines palästinensischen Staates neben Israel ist weniger eine Frage der physischen Machbarkeit als des politischen Durchsetzungswillens. Die Debatte über die Ein-Staaten-Regelung droht von dem notwendigen Engagement für die international akzeptierte Zwei-Staaten-Regelung und dem Kampf gegen einen völkerrechtswidrigen Besatzungszustand abzulenken. Sie bietet den Konfliktbeteiligten nicht das, was sie brauchen: eine realisierbare politische Perspektive für die Beendigung der Besatzung.“

Dass seit April 2014 keine Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern mehr stattgefunden haben, spricht Bände. Für die Autoren ist auch kein israelisches Interesse an der Veränderung des Status quo (S. 157) erkennbar: „In den friedenspolitischen Debatten geht es in Israel weniger um einen Weg zur Konfliktregelung als um die Frage, wie sich am besten der Status quo der vollständigen Kontrolle erhalten lässt.“ Dieser Zustand bedeutet umgekehrt für die Fatah ein Scheitern ihrer friedenspolitischen Strategie. Die fehlende Friedensdividende und die bisher eher erfolglose Strategie der Internationalisierung des Konflikts führen zu einem enormen Vertrauensverlust Präsident Abbas und der Fatah. Zur desolaten ökonomischen Situation kommt noch die fast völlige Abhängigkeit von ausländischer Unterstützung hinzu.

Mit Kritik am Westen und insbesondere den gescheiterten amerikanischen Vermittlungsbemühungen wird am Schluss (S. 163) des sehr lesenswerten Bändchens nicht gespart:

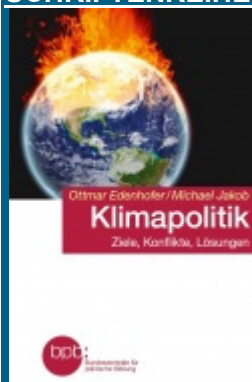
„Die westlichen Staaten stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer Nahostpolitik: Amerikaner und Europäer haben eine Entwicklung zugelassen und gefördert, die die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates an der Seite Israels immer unwahrscheinlicher macht. Mit der finanziellen Boykott- und politischen Isolierungsstrategie gegenüber der demokratisch gewählten Hamas und den zweifelhaften Koalitionen mit arabischen Diktaturen und Autokratien haben sie der Glaubwürdigkeit westlicher Demokratieförderung in der Region

schweren Schaden zugefügt, die die Radikalen gestärkt und Palästina in eine politische, wirtschaftliche und soziale Sackgasse geführt. (...) Dieser Scherbenhaufen wird sich so schnell nicht wieder kitten lassen. Zu dieser Entwicklung hat sicherlich auch das regionale Umfeld beigetragen: (...) Der Nahe und Mittlere Osten befindet sich in einem Neuordnungsprozess, der zunächst einmal mit einem dramatischen amerikanischen Einflussverlust verbunden ist. Der Einfluss der EU in der Region ist schon seit längerer Zeit begrenzt. (...) Europa spielt die Rolle eines ‚payers‘, weniger die eines ‚players‘ und akzeptierte den nahostpolitischen Führungsanspruch der USA.“

- Den Autoren ist es in ihrem sehr verständlich und übersichtlich geschriebenen Büchlein gelungen, eine ausgezeichnete Einführung in den Nahostkonflikt vorzulegen, in der die Narrative der Hauptakteure berücksichtigt werden. Hier liegt eine zuverlässige Publikation mit weiterführenden kommentierten Literaturhinweisen vor, die im ersten Textteil eher knappe historisch-lexikale Themenzugänge ermöglicht, die dann im zweiten Textteil durch problemorientierte Leitfragestellungen ergänzt werden.

Der Titel eignet sich deshalb bestens zur Referatsvorbereitung im Unterricht der Sekundarstufe 2 und könnte auch bei der Erstellung von Facharbeiten hilfreich sein. Somit liegt neben der schon von mir rezensierten Einführung Muriel Asseburgs und Jan Busses „Der Nahostkonflikt Geschichte, Positionen, Perspektiven“ ein zweiter durchweg empfehlenswerter Band zum Nahostkonflikt vor, der in keiner Schulbibliothek fehlen sollte. Letzterer Titel bietet breitere Ausführungen zu den Positionen und Lösungsansätzen sowie den Optionen zur Regelung des Konflikts.

SCHRIFTENREIHE (BD. 10163)



Klimapolitik

Ziele, Konflikte, Lösungen

Veränderungen des globalen Klimas sind unübersehbar. Doch vielfach wird hoch kontrovers über Ursachen, Ausmaß und Folgen gestritten. Die Autoren bieten einen Problemaufriss, diskutieren klimapolitische Ziele und analysieren Widerstände und Erfolge globaler Klimaschutzmaßnahmen.

Inhalt

Die Existenz des vom Menschen verursachten Klimawandels bestreiten nur mehr ganz wenige. Gleichwohl gibt es in Wissenschaft und Politik Differenzen in der Beurteilung seiner Ursachen und Auswirkungen sowie der Strategien, diese zu beherrschen und sich den neuen, zu erwartenden Gegebenheiten auf dem Planeten anzupassen. Ottmar Edenhofer und Michael Jakob stellen zunächst die Ziele von Klimapolitik vor, die einen Weg zwischen den Risiken des Klimawandels, den Kosten der Emissionsvermeidung und dem Anspruch der Generationengerechtigkeit auszuloten habe. Sie analysieren Erfolge und Desiderate bei der Umsetzung klimapolitischer Zielstellungen, fragen nach dem Beitrag von Wirtschaft und Gesellschaft zu Klimaschutzmaßnahmen und untersuchen, wie und gegen welche Widerstände eine ambitionierte internationale Klimapolitik im globalen Maßstab ausgestaltet, wissenschaftlich begleitet und umgesetzt werden könnte. Zahlreiche Tabellen und Grafiken ergänzen die Darstellung.

Ottmar Edenhofer (Lehrstuhlinhaber für die Ökonomie des Klimawandels an der TU Berlin) und Michael Jakob (stellvertretender Direktor und Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) haben eine komprimierte Einführung in die Klimapolitik verfasst, mittels derer sich der interessierte Leser knapp, aber fundiert in die vielschichtige Thematik einarbeiten kann.

Eingangs bieten sie einen historischen Überblick über die Klimaentwicklung seit der Industriellen Revolution, anschließend folgen Ziele, Konfliktstoffe und Lösungsansätze der Klimapolitik. Als größte Emissionsquelle machen beide Autoren die Verbrennung fossiler Rohstoffe aus, gefolgt von der Abholzung der Regenwälder und der Landwirtschaft.

Für beide steht fest, dass die Menschheit darüber Rechenschaft ablegen muss, in welchem Umfang sie den zukünftigen Klimawandel begrenzen kann und will. Insofern grenzt sich der Grundansatz des Titels deutlich von rein naturwissenschaftlichen Einführungen in den Klimawandel ab. Nach Edenhofer/Jakob kostet es zwar nicht die Welt, den Planeten zu retten (ökonomische Perspektive), die politischen Herausforderungen einer von den Autoren als notwendig erachteten ambitionierten Klimapolitik sind jedoch gewaltig. Anspruch des Buches ist es auch, Wege aus der Sackgasse der deutschen und der europäischen Klimapolitik aufzuzeigen.

Die inzwischen getroffene Festlegung auf die 2°C-Grenze wird als pragmatischer Kompromiss bewertet; das Pariser Abkommen lege aber eine Korrektur nach unten nahe. Das zentrale Problem des 21. Jahrhunderts sei nicht

die Knappheit, sondern das reichhaltige Vorkommen fossiler Energieträger. Andererseits sind erneuerbare Energien ebenfalls nicht risikofrei zu nutzen. Dies verdeutlichen sie am Beispiel der „großskaligen Nutzung von Biomasse“:

„Manche Szenarien gehen davon aus, dass mehr als ein Drittel der globalen Ackerfläche für den Anbau von Pflanzen zur Erzeugung von Bioenergie genutzt wird. Als Folge der daraus entstehenden Konkurrenz um fruchtbaren Boden könnte es zu einem beträchtlichen Anstieg der Preise für Nahrungsmittel kommen, was vor allem die Ärmsten schädigt, die ihr Dasein ohnehin bereits am Existenzminimum fristen müssen.“ (S. 53)

Auch wenn die notwendige Erhöhung der Investitionen für Energieeffizienz und erneuerbare Energietechnologien um mehrere Hundert Millionen Euro pro Jahr etablierte Industrien existenziell gefährden können, ist aus der Perspektive der Autoren der Widerstand gegen Klimaschutzmaßnahmen angesichts der Risiken des Klimawandels nicht zu rechtfertigen.

Ob der Verzicht auf Wirtschaftswachstum ein sinnvoller Beitrag zum Klimawandel sein kann, wird kontrovers diskutiert. Da dieser Weg aber erhebliche Risiken beinhaltet und nicht zwingend für eine ambitionierte Klimaschutzpolitik erforderlich ist, wird der Ansatz kritisch bewertet:

„Wirtschaftswachstum und Klimaschutz sind miteinander vereinbar; ein Wachstumsverzicht ist eine kostspielige Option des Klimaschutzes. Wirtschaftliche Anreize für Innovationen können dem technischen Fortschritt eine neue Richtung geben und auf diese Weise die Kosten des Klimaschutzes entscheidend reduzieren.“ (S. 57f.)

Zentrale Bedeutung für die unterrichtliche Nutzung kommt Kapitel 4 Instrumente und Institutionen der Klimapolitik (S. 62-104) zu.

Aufgegriffen wird dort die kontroverse Diskussion ums Bio-Engineering. Hier plädieren die Autoren für eine offene Prüfung der Möglichkeiten neuer Verfahren, die aber allenfalls andere Maßnahmen der Klimapolitik ergänzen können. Zentrale Prämisse ihrer Argumentation ist, dass sowohl individuelle Anstrengungen als auch internationale Klimapolitik (S. 63) „ins Leere laufen, wenn es keinen globalen Ordnungsrahmen gibt.“ Das partiell kritisch zu betrachtende Pariser Klimaabkommen könne diesen Rahmen ermöglichen. Auf europäischer Ebene ist eine Reform des Emissionshandels unumgänglich. Ein nationaler Ausstieg aus der Kohle in Deutschland, der nicht in einen gesamteuropäischen Ansatz eingebettet wird, dürfte die europäischen Emissionen nicht senken. Für beide Autoren ist es sehr wichtig, eine Klimapolitikausgestaltung zu gewährleisten, die nicht Haushalte mit niedrigem Einkommen überproportional belastet, wie es bei der deutschen Energiewende

der Fall ist. Generell setzen sie auf eine Nutzung des technologischen Fortschritts unter den Gesichtspunkten der Effektivität und Effizienz.

Allerdings wird die von ihnen vorgeschlagene CO₂-Bepreisung für eine vernünftige Klimapolitik nicht ausreichen; sie muss um Maßnahmen gegen weiteres Marktversagen (Investitionen in Forschung und Entwicklung, Förderung neuer Technologien, Subventionierung von Kapitalkosten, Bereitstellung von Informationen etc.) ergänzt werden. Ausführlich werden drei grundlegende Versuche, das Klimaproblem ohne internationale Verhandlungen zu lösen (Hoffnung auf technischen Fortschritt / Divestment und globale Zivilgesellschaft / die sanfte Macht der Moral) geprüft und kritisch beschieden:

„Technischer Fortschritt, Reformen des Kapitalmarktes, kritisches Konsum- und Investitionsverhalten und moralische Appelle können sinnvolle Ergänzungen für einen CO₂-Preis sein, sie können ihn jedoch nicht ersetzen. Die Frage ist, wie ein weltweiter CO₂-Preis etabliert werden kann. Ohne ein internationales Abkommen würde der Ruf nach einem CO₂-Preis ins Leere laufen. Ein solches Abkommen ist daher eine notwendige Bedingung für eine globale Klimapolitik.“ (S. 73)

Die internationalen Klimaschutzverhandlungen bilanzieren sie (S. 75-80) wie folgt:

„Das im Jahr 1997 verabschiedete und 2005 in Kraft getretene **Kyotoprotokoll** (eigene Hervorhebung) verpflichtet nur die Annex-I-Staaten (also die Industrieländer) zur Minderung. Diese stimmten zu, ihre Emissionen über den Zeitraum 2008-2012 um insgesamt 5,2% unter das Niveau des Jahres 1990 zu senken. Das Kyoto-Protokoll ging also noch davon aus, dass hauptsächlich die Industrieländer den Klimawandel verursachen und sie daher ihre Emissionen vermindern müssen, während Zuwächse in Schwellen- und Entwicklungsländern hinzunehmen seien. Im Jahr 2011 waren jedoch die Länder, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, nur noch für 13% der weltweiten Treibgasemissionen verantwortlich. (...) Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es mit dem Kyoto-Protokoll nicht gelungen ist, die Emissionen global abzusenken, die Emissionsrechte fair unter den Ländern aufzuteilen und über einen globalen Emissionsmarkt einen Preis zu erzielen, der auf die Investitionsentscheidungen Einfluss hat. (...) Das **Pariser Abkommen** (eigene Hervorhebung), das 2015 geschlossen wurde, überwindet die bislang geltende Trennung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Die Vermeidung gefährlichen Klimawandels ist nun die gemeinsame Aufgabe aller Staaten. Die Lastenverteilung ist aber auch in diesem Abkommen nicht abschließend geklärt. (...) Das Abkommen von Paris war ein diplomatischer Erfolg. Ob es zu einem klimapolitischen Durchbruch führt, ist aber noch offen.“

Viele Regierungen setzen nach wie vor ihren Fokus auf den Ausbau der Kohlekraft, die auf absehbare Zeit die günstigste Energieform bleiben wird. Dieser niedrige Preis basiert aber auf einer direkten und indirekten Subvention

von 150 US-Dollar pro Tonne. Deshalb müssen die Verhandlungen über einen CO₂-Preis um eine Absenkung der Subventionen für die Kohle ergänzt werden. Die bisherige Praxis des europäischen Emissionshandels kann die Autoren nicht überzeugen. Sie verweisen hier nicht nur auf den Preisverfall der Zertifikate, sondern auch auf die sehr unterschiedlichen Präferenzen für den Klimaschutz sowie die divergierenden Vorstellungen von einem nationalen Energiemix. Für beide Autoren steht es fest, dass es nur dann zu einer Einigung auf einen europäischen Mindestpreis kommen wird, wenn ärmere Länder von reicheren Ländern Transfers erhalten. Zudem werden in der Politik häufig nicht die effizientesten Maßnahmen eingeführt, sondern solche, die in der Bevölkerung ohne größeren Widerstand durchgesetzt werden können.

Natürlich stellt sich die Frage der sozialen Gerechtigkeit, wenn bei einer Bepreisung von CO₂ in Volkswirtschaften mit hohem Pro-Kopf-Einkommen primär die einkommensschwachen Haushalte belastet werden. In vielen Ländern der Erde gilt es bei aller Klimapolitik nicht das zentrale Ziel der Armutsbekämpfung zu vernachlässigen. Edenhofers und Jakobs Schlussfolgerung lautet:

„Aus diesem Grund besteht eine zentrale Aufgabe der Wissenschaft darin, Klimapolitik nicht ausschließlich als Umweltpolitik zu begreifen, sondern die Folgen der Klimapolitik für die gesamte Verteilung des Natur-, Human- und Kapitalvermögens zu erfassen.“ (S. 120)

Folglich kann es auf internationaler Ebene nur dann eine Einigung auf einen Mindestpreis geben, wenn parallel dazu ein Lastenausgleich zwischen armen und reichen Ländern stattfindet. Abschließend wagen die Autoren einen zeitdiagnostischen Ausblick auf Trumps Klimapolitik, von der sie sich nichts Gutes (S. 123) erhoffen:

„Es ist offensichtlich, dass dieses (populistische) Modell nicht realitätstauglich ist. Die Frage ist nur, wie viel Schaden es anrichtet, bevor auch für die Wähler offensichtlich wird, dass damit die Zukunft nicht gewonnen, sondern verspielt wird.“

Deutlicher wird die konkrete klimapolitische Orientierung Edenhofers jenseits der vorliegenden allgemeinen Einführung in die Klimapolitik übrigens im umfangreichen SZ-Interview „*Das Klima dreht sich gegen das Klima*“ vom 16.11.2017, in dem er u. a. auf eine veränderte Wahrnehmung der Klimathematik nach dem Einzug der AFD in den Bundestag hinweist:

„Der rechte Rand der Union glaubt nach wie vor, dass das alles Firlefanz ist. Je mehr Gewicht die AFD politisch bekommt, desto mehr Leute halten das ganze Klimathema für

Fake News. Das gilt auch für einen Teil der FDP. Wenn die Kanzlerin nicht wäre, würde das Klimathema in der Union viel kontroverser und viel aggressiver diskutiert.“

Laut ihm wird der erforderliche Ausstieg aus der Kohle nur gelingen, wenn die erneuerbaren Energien nachweislich mehr Wirtschaftswachstum sicherstellen können; ansonsten bleibt der Kohleausstieg nur ein westliches Elitenthema. Das gelte übrigens auch für den mutlosen Wahlkampf in Deutschland, der der Tragweite der Thematik nicht gerecht wird. Für ihn ist ein offener gesellschaftlicher Diskurs geradezu die Voraussetzung für die Lösungsfindung:

„Wir werden die großen Zukunftsaufgaben nicht meistern, wenn sich die Gesellschaft in kulturelle Lager spaltet und ein gesellschaftlicher Diskurs unmöglich wird. Spannend wäre es zu sehen, wie ein Liberaler über Klima nachdenken kann, und dabei auch über die Herausforderungen des Liberalismus im 21. Jahrhundert nachdenkt. Wie kann ein Konservativer den Begriff gesellschaftliche Stabilität erneuern, wenn er darüber nachdenkt, wie ein ungebremster Klimawandel genau diese untergräbt? Wie kann ein Linker über Ungleichheit nachdenken, wenn er versteht, dass durch den Klimawandel die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird? Wir dürfen nicht zulassen, dass der Diskurs über existenzielle Probleme von Gesellschaften unmöglich wird, weil der gesellschaftliche Diskurs zerfällt und jedes Lager einfach seine Stereotypen beibehält. Die Grünen sind für Klima, die Liberalen für Freiheit und die Linken für Gerechtigkeit. So kann das nichts werden.“

Angesichts der globalen Herausforderungen setzt Edenhofer auf Kooperation und Multilateralismus. Nationalstaatliche Lösungen zur Beibehaltung der Kontrolle führen gerade zu einem durch den ungebremsten Klimawandel herbeigeführten Kontrollverlust beispielsweise in Form von Klimawandelflüchtlingen. Von der neuen Bundesregierung fordert er insbesondere „eine CO₂-Bepreisung, die über alle Sektoren hinweg wirkt. Dort gehört die Reform des Emissionshandels: Dazu brauchen wir einen Mindestpreis. Aber auch eine Reform der Energiesteuern, die derzeit Strom und Gas am stärksten besteuern und Braunkohle am wenigsten. Wir werden aus der Kohle aussteigen müssen. Mir ist unbegreiflich, warum das nicht gehen soll.“

Die Überlegenheit des präferierten Ansatzes einer CO₂-Bepreisung begründet er dabei wie folgt:

„Wenn wir keinen CO₂-Preis bekommen, der auf alle Sektoren wirkt, wird die Politik in die Sektoren mit Grenzwerten und Ordnungsrecht eingreifen müssen. Das ist aufwendig und fördert kaum Innovationen. Man wird damit die Emissionen in einer großen Volkswirtschaft nicht drastisch verringern können. Deshalb sind steigende CO₂-Preise das Instrument der Wahl.“

Als innovativen Neuansatz schlägt Edenhofer ein „Schattenkabinett für Zukunftsfragen“ vor, um die großen Zukunftsfragen einer Gesellschaft

voranzubringen, die er weit über den Umgang mit dem Klimawandel hinaus definiert. Noch bedeutender sind für ihn die „steigende Ungleichheit, die Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherungssysteme und die Zukunft der Freiheit.“

- Die bis Anfang 2019 erkennbaren klimapolitischen Entscheidungen Trumps weichen fundamental von den grundlegenden Empfehlungen des durchweg empfehlenswerten Bandes der beiden Klimapolitikexperten ab. In einer aktualisierten Neuauflage müsste einer intensiven kritischen Auseinandersetzung mit der aktuellen amerikanischen Klimapolitik und ihren Folgen sicherlich ein größerer Raum gegeben werden. Natürlich gilt es auch, die Empfehlungen der deutschen Kohlekommission zu bewerten. Evtl. wäre es auch sinnvoll, die im Band nahegelegten Empfehlungen in einem bilanzierenden Schlusskript zu bündeln. Unterrichtliche Nutzungsmöglichkeiten ergeben sich insbesondere in den Unterrichtshalbjahren 11/2 und 13. Aufgrund der verständlichen Sprache eignet sich der Band gut zur Vorbereitung von Schülerreferaten.